

# Für klare Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Europa und den Nationen

## Bayerischer Ministerpräsident unterstützt das Benelux-Memorandum zur Regierungskonferenz

*j-lo* – Als einflussreiche Gestalt der deutschen Europapolitik, dies wegen deren Rolle im Bundesrat, bezeichnete Premierminister Jean-Claude Juncker den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, der gestern Donnerstag zu einer offiziellen Visite in Luxemburg weilte.

Auf dem Programm des prominenten deutschen Politikers standen eine fast zweistündige Aussprache der beiden Regierungschefs unter vier Augen, gefolgt von einem Arbeitessen mit den Delegationen aus beiden Ländern, ein Abstecher zum CDU/CSU-Freundeskreis Luxemburg auf Kirchberg und, vor der Rückreise am Abend nach München, ein längerer Besuch mit Teilnahme an einer feierlichen Sitzung des Kollegiums beim Europäischen Rechnungshof, wo hauptsächlich Fragen im Zusammenhang mit dem Agrarfonds und dem Strukturfonds, der Betrugsbekämpfung und der Finanzierung der EU-Erweiterung erörtert wurden.

Premierminister Jean-Claude Juncker bezeichnete die Visite insofern als nützlich, als sie vor den EU-Gipfeltreffen von Biarritz und Nice, wo es bekanntlich in der Hauptsache um die interne Reform der Europäischen Union im Hinblick auf die Osterweiterung geht, die Gelegenheit zu einem ausführlichen Meinungsaustausch bot. Angesprochen wurden indes auch andere Fragen, wie beispielsweise die gemeinsame europäische Währung mit ihren Schwierigkeiten auf den internationalen Finanzmärkten.

Ministerpräsident Edmund Stoiber zeigte sich erfreut, im Vorfeld des Thronwechsels, der für die Behauptung der Selbstständigkeit und des Selbstbewusstseins Luxemburgs in einem immer mehr zusammenwachsenden Europa von herausragender Bedeutung sei, in der Person von Jean-Claude Juncker bei einem großen Motor der europäischen Integration, aber auch einem EU-Realisten zu Besuch zu sein.

Wiederholt sprach sich der bayerische Ministerpräsident für eine



Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz im Staatsministerium stellten Premierminister Jean-Claude Juncker und Ministerpräsident Edmund Stoiber in der Mittagsstunde nach einer mehr als zweistündigen Aussprache weitgehende Übereinstimmung in vielen wesentlichen Fragen der Europapolitik fest

(Photo: Anouk Antony)

klarere Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Europa und den Nationen aus. Es wäre allerdings falsch, zu diesem Zweck, wie im Falle der Charta der Grundrechte, wieder ein Konvent mit dieser Aufgabe betrauen zu wollen. Da müssten vielmehr die nationalen Regierungen am Verhandlungstisch sitzen.

Ausdrücklich erklärte Edmund Stoiber sich mit der von Premier Juncker vertretenen Auffassung einverstanden, dass es in der Europäischen Union nur ein Vorankommen geben kann, wenn jedes Land weiterhin einen EU-Kommissar behält. Es sei kleinen Ländern nicht zuzumuten, dass sie nicht mit einem Mitglied in der Europäischen Kommission vertreten sein sollten. Direkt bemerkenswert sei der Benelux-Vorschlag, die Kommission direkt von der Bevölkerung wählen zu lassen. Mehrheitsentscheidungen sollten nach dem Dafürhalten des bayerischen Regierungschefs so interpretiert werden, dass es sich um die Mehrheit der Staaten und der Bevölkerung handeln müsse. Nicht viel hält Edmund Stoiber offensichtlich von einer allgemeinen Steuerharmonisierung in

der EU und von einem Abweichen von Mehrheitsentscheidungen im Fiskalbereich.

Völlige Übereinstimmung bestand zwischen den beiden Gesprächspartnern, dass die EU, und dies im Gegensatz zur Meinung des Europäischen Parlamentes, keine Zieldaten für die Osterweiterung ausgeben sollte, wie es auch nicht den von verschiedenen Seiten angeregten Big-Bang, d.h. einen globalen Beitritt aller Kandidatenländer geben dürfe. Die EU müsse jedenfalls intern noch größere Anstrengungen unternehmen, um zuerst aufnahmefähig zu werden. Als bemerkenswert bezeichnete Edmund Stoiber die von Kommissionspräsident Romano Prodi diese Woche vor dem Europaparlament in Straßburg gemachten Reformvorschläge.

Einvernehmen bestand auch dahingehend, dass die EU-Kommission der Motor der europäischen Integration bleiben müsse. Wichtig war auch die Aussage des bayerischen Ministerpräsidenten, dass ein Europa unter der Vorherrschaft von großen Staaten zu keiner guten Entwicklung führen würde.



Zum Abschluss seiner offiziellen Visite in Luxemburg ging Ministerpräsident Edmund Stoiber am Spätnachmittag zum Europäischen Rechnungshof auf Kirchberg, wo er von Präsident Jan O. Karlsson (links) und dem deutschen Mitglied Bernhard Friedmann (rechts) begrüßt wurde

(Photo: Teddy Jaans)